

Liebe Bürger*innen,

Sehr geehrte Stadtvorstand und Kolleg*innen,

düster müssen die Zeiten sein, wenn ein Linker Ideen mit Wertpapieren vorschlägt. Und so wiederhole ich es an dieser Stelle erneut: wir sind in einer Phase niedrigerer Zinsen bei Festgeldern und teuren Krediten. Eigentlich damit der perfekte Zeitpunkt, um mit einer Kommunalanleihe - nennen wir sie Schängelanleihe - eine Gewinnsituation für die Koblenzer*innen und für den Emittent - die Stadt Koblenz zu sorgen. Ich bin mir sicher, dass wir auch noch, die an dieser Stelle zweifelnde Kämmerei mit dieser innovativen Idee überzeugen können. Im Übrigen kamen Vertreter*innen einer breiten Mehrheit der Fraktionen schon zu mir und möchten dieses Vorhaben weiterbringen.

Ich bringe es deshalb in aller Deutlichkeit hier an, weil meine Fraktion vermeiden möchte, dass wir hier nur um Konsolidierungsmaßnahmen sprechen, die vor allem Einkommensschwächere oder Familien am härtesten treffen. Wir fordern alle Akteure auf, darauf zu achten, dass wir nicht hauptsächlich darüber sprechen, welcher Musikunterricht teurer wird, welches Kita-Essen, Hundesteuer oder welcher Schwimmkurs. Alternativ Vorschläge, die wir jedes Jahr vorgeschlagen haben, müssen meist sehr lange auf sich warten lassen oder sehen sich einer Mauer der Ablehnung gegenüber. Dieser Haushalt hätte sehr wohl auch schon eine Bettensteuer, bzw, Abgabe oder eine Verpackungssteuer gebrauchen können. Die Zeit, die dort vertan wurde, bringt uns in Situationen schmerzhaft Entscheidungen treffen zu müssen. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre und das ja unsere vorgetragenen Ideen ja doch wohl kommen - nur später - fordern wir einen nötigen Änderungswillen auch für neue Wege. Dies ist durchaus möglich, ohne die gebotene Sorgfaltspflicht an dieser Stelle zu vernachlässigen.

Wir freuen uns, dass unser Antrag für die Beiträge - es sind ja nur 1000 Euro im Jahr - für die Mitgliedschaft im Rainbow City Network die nötige Mehrheit gefunden hat. Wir schauen nach vorne auf ein schnelles Ausfüllen des Mitgliedsantrags, dessen Aufforderung der eingetragene Haushaltsposten nun mit sich bringt. Ein Netzwerk Beitritt macht Koblenz nicht queerfreundlicher, aber es dennoch ein starkes weltweites Zeichen, dass sich bei uns alle Menschen nicht nur wohl fühlen dürfen, sondern akzeptiert werden. Der anhaltende Ruf nach einem so dringend benötigten Queerzentrum wäre nun die logische Folge unseres Bekenntnisses. Im Übrigen bei der CSD-Demo kam - ganz offiziell - die Bundesanstalt für Gewässerkunde mit, nochmals vielen Dank an dieser Stelle und ein kleiner Wink von meiner Seite, dass sich hieran die Verwaltung auch ein Beispiel nehmen könnte. Dies möchte ich aber nicht ohne Dank an an sie Herr Oberbürgermeister Langner aussprechen, das Hissen

der Regenbogenfahne am Rathaus, so hart sind leider die Zeiten, ist nicht selbstverständlich. Das war stabil von ihnen.

Für den Haushalt müssen wir an manchen Stellen unser Unverständnis dafür aussprechen, wie die sogenannten freiwilligen Leistungen ausgegeben werden. Wo im letzten Jahr noch tatsächlich gesagt wurde, dass bei Toiletten kein Unabweisbarkeitsbestand vorliegt, so sehen wir bei manch anderen Ausgaben in diesem Bereich weit weniger Strenge. Das Nette Toilette Programm kann hier hilfreich sein - als ein Beispiel - und wir bitten hier alle nachhaltige Lösungen für den Zugang kostenfreier Toiletten priorisiert zu verfolgen.

Dennoch Hauptproblem ist an dieser Stelle das Land.

Solange wichtigste tragende Sozialdienste, von ProFamilia bis zum Mampf nur als zwei Beispiele nicht zur Pflichtleistung deklariert werden, sind Haushaltsentscheidungen in ein Korsett geschnallt, welches niemals sozial gerecht sein kann. Und darüber hinaus sind wichtige Investitionen im sozialen Bereich nicht möglich, was uns in der Zukunft ein vielfaches Kosten wird. Umso wichtiger ist zu erinnern, dass die ADD die Bewilligung des Haushalts nicht gottgegeben erteilt, sondern im Rahmen, der von der Landesregierung vorgegeben wird.

Einig im Rat sind wir darüber, dass die Mietsituation verbessert werden muss. Die städtische Wohnbau braucht maximalen Rückenwind, um den sozialen Wohnraum sicher zu stabilisieren. Entscheidungen die wir jetzt treffen, werden Zeit brauchen um ihre Wirkung auf dem Wohnungsmarkt zu entfalten. Umso fataler sind politische Totalausfälle des Rates für die Ausnahme von der 30 prozentigen Sozialbauquote, wie kürzlich von fast allen Fraktionen bewilligt. Ein deutschlandweites Medienecho des Unverständnisses war dann auch die Quittung.

Dies darf sich nicht wiederholen. Planbarkeit und klare faire Regeln für alle sind wesentlich für den Wohnungsbau. Unsere Fraktion wird weiterhin dafür einstehen, dass soziale Verantwortung für alle gleich gilt und die Größe des Portmonees kein Freibrief bedeuten darf, ganz im Gegenteil.

Die Haushaltsberatungen empfanden wir sachlich und bedanken uns bei allen demokratischen Fraktionen und allen Akteuren für die Vorbereitung und Bertaung. Einen hörbaren oder merkbaren Einfluss der Braunen konnten wir nicht feststellen. Damit frohe Weihnachten, guten Rutsch und Alerta.

Wir werden den vorliegenden Haushalt zustimmen.

Vielen Dank